

**Antwort des Staatsministers Michael Roth
vom 19. Dezember 2013**

Die Bundesregierung hat sich maßgeblich für die Verabschiedung der Schlussfolgerungen des Rates der EU zu Ägypten vom 21. August 2013 eingesetzt. Diese senden ein klares Signal, dass die EU an ihrer Partnerschaft mit dem ägyptischen Volk festhält, während die Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung in der Perspektive eines rechtsstaatlichen Vorgehens der Staatsgewalt, der Wahrung der Menschenrechte und Rückkehr zur demokratischen Ordnung erfolgt. Anhand dieser Kriterien bewertet die Bundesregierung kontinuierlich laufende Maßnahmen und mögliche zukünftige Projekte, auch im Rahmen der Sicherheitszusammenarbeit.

5. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.) In welcher Form (bitte Projekte benennen) plant die Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen syrischen Ministerpräsidenten Riyad Hijab, und hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Informationen über einen dauerhaften Aufenthalt von Riyad Hijab und/oder seiner Familienangehörigen in Deutschland?

**Antwort des Staatsministers Michael Link
vom 16. Dezember 2013**

Die Bundesregierung führt zahlreiche Gespräche mit syrischen Akteuren, darunter auch mit dem ehemaligen syrischen Premierminister Riyad Hijab. Ziel aller Gespräche, die die Bundesregierung in Bezug auf Syrien führt, ist die Suche nach einer Friedenslösung. Eine unmittelbare Zusammenarbeit mit Riyad Hijab als Projektpartner ist nicht geplant.

Um eine Gefährdung für Leib und Leben möglichst gering zu halten, können keine Angaben über den Aufenthalt von syrischen Gesprächspartnern und deren Familienangehörigen gemacht werden.

6. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Hat sich die Bundesregierung mit Vertretern der israelischen Administration innerhalb der letzten zwölf Monate über einen etwaigen Kauf Israels von in Deutschland hergestellten Zerstörern ausgetauscht, wie die Zeitung „BILD“ in ihrer Ausgabe vom 7. Dezember 2013 berichtete, und war dieses Geschäft bereits Gegenstand einer Kriegswaffenexport-Genehmigungsvoranfrage?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth
vom 19. Dezember 2013**

Die Bundesregierung tauscht sich regelmäßig mit Vertretern der israelischen Administration zu außen- und sicherheitspolitischen Fra-

gen aus. Zu Einzelheiten derartiger vertraulicher Gespräche werden keine Angaben gemacht.

Zu Voranfragen über die Genehmigungsfähigkeit bestimmter Ausfuhrvorhaben äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht. Voranfragen unterliegen in erhöhtem Maße dem Schutz des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses der betroffenen Unternehmen (siehe § 30 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Mögliche Mitbewerber könnten aus der Veröffentlichung eines geplanten, aber noch nicht abgeschlossenen Vorhabens Wettbewerbsvorteile ziehen. Zum Zeitpunkt der Entscheidung über Voranfragen ist oft noch vollkommen ungewiss, ob das geplante Vorhaben später realisiert werden soll und wird.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bundeswehrangehörige sollen ab 1. März 2014 an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgeordnet werden (siehe Artikel im Neuen Deutschland vom 6. Dezember 2013, www.neues-deutschland.de/artikel/917192.bundeswehr-marschiert-in-asylaemter-ein.html), und in welchen Bereichen werden sie eingesetzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 18. Dezember 2013

Im Zuge der vielfältigen Bemühungen, dem aus dem starken Anstieg der Asylbewerberzahlen resultierenden Anstieg der Bearbeitungszeiten der Asylverfahren entgegenzuwirken, ist beabsichtigt, dem BAMF im Wege der Amtshilfe auch ziviles und militärisches Personal der Bundeswehr vorübergehend zur Unterstützung im Asylverfahrenssekretariat zur Verfügung zu stellen. Ein Einsatz von Bundeswehrangehörigen als Asylentscheider ist nicht vorgesehen. Wie viele Bundeswehrangehörige für eine Abordnung zum BAMF gewonnen werden können, steht derzeit noch nicht fest, da eine dementsprechende interne Interessenabfrage im Bundesministerium der Verteidigung noch nicht abgeschlossen ist.

8. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sollen die Bundeswehrangehörigen auch in den Außenstellen des BAMF eingesetzt werden?